A4 Lebensqualität in jedem Alter sichern – generationengerecht die Zukunft gestalten

Antragsteller*innen:	Graue Grüne Saar (dort beschlossen am: 21.10.2026) Graue Grüne Saar (dort beschlossen am: 21.10.2026)
Tagesordnungspunkt:	11. Anträge

Antragstext

Unser Anspruch

Wir Grauen Grünen stehen für eine Gesellschaft, in der Menschen in jedem Lebensalter selbstbestimmt, sicher und in Würde leben können. Alter darf weder ein Nachteil noch ein Grund für Ausgrenzung sein. Wir wollen die Erfahrungen und Fähigkeiten älterer Menschen stärker nutzen und ihre Interessen politisch vertreten.

Gleichzeitig wissen wir: Gute Lebensbedingungen für alle Menschen entstehen nicht isoliert. Sie brauchen soziale Sicherheit, gute Gesundheitsversorgung, bezahlbaren Wohnraum, verlässliche Mobilität, Klimaschutz und solidarische Beziehungen zwischen den Generationen.

Wir wollen ein Saarland, in dem niemand aufgrund seines Alters, seiner finanziellen Situation oder einer Pflegebedürftigkeit zurückgelassen wird.

1. Altersfreundliche Kommunen – Age-friendly Cities und sorgende Gemeinschaften

Was wir sehen

Ob Menschen im Alter selbstständig und gut leben können, entscheidet sich wesentlich vor Ort: in den Wohnvierteln, auf Straßen und Plätzen, in Geschäften, Arztpraxen, Vereinen und Begegnungsstätten.

Viele Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Barrierefreie Wege fehlen, öffentliche Plätze bieten zu wenig Schatten und Sitzgelegenheiten, Busverbindungen sind unzureichend und Begegnungsangebote werden knapper. Einsamkeit und soziale Isolation nehmen für Jung und Alt zu. Gleichzeitig engagieren sich zahlreiche ältere Menschen vor allem nach dem Berufseben in Vereinen, Nachbarschaften, Initiativen und der kommunalen Politik.

Das Konzept der Age-friendly Cities der Weltgesundheitsorganisation zeigt, wie Städte und Gemeinden so gestaltet werden können, dass Menschen in jedem Alter gut und selbstbestimmt leben. Dazu gehören unter anderem barrierefreie öffentliche Räume, geeigneter Wohnraum, Mobilität, soziale Teilhabe, Gesundheitsangebote und die Beteiligung älterer Menschen.

Kommunen können diese Aufgaben allerdings nicht allein bewältigen. Sie benötigen politische Unterstützung, ausreichende finanzielle Mittel und verbindliche Rahmenbedingungen von Bund und Land.

Was wir wollen

Wir wollen altersfreundliche Städte und Gemeinden, in denen Menschen unabhängig von Alter, Einkommen oder körperlichen Einschränkungen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Ältere Menschen sollen nicht nur als hilfsbedürftig wahrgenommen werden. Sie sind Bürgerinnen und Bürger mit vielfältigen Erfahrungen, Kompetenzen und

Interessen. Ihre Beteiligung muss bei kommunalen Entscheidungen selbstverständlich sein.

Wir wollen sorgende Gemeinschaften, in denen Kommunen, soziale Einrichtungen, Vereine, Nachbarschaften, Pflegeanbieter und engagierte Bürgerinnen und Bürger zusammenarbeiten. Soziale Verantwortung darf dabei nicht auf Angehörige und ehrenamtlich Tätige abgeschoben werden.

Was wir tun

- Kommunale Altenhilfeplanung stärken: Das Land soll die Kommunen bei einer vorausschauenden, verbindlichen und regelmäßig fortgeschriebenen Altenhilfeplanung unterstützen.
- Age-friendly Cities fördern: Wir wollen ein saarländisches leicht zugängliches Förderprogramm für altersfreundliche und generationengerechte Kommunen, das sich an den Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation orientiert.
- Ältere Menschen beteiligen: Seniorenbeiräte und andere Interessenvertretungen sollen frühzeitig in kommunale Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden.
- Begegnung ermöglichen: Wir setzen uns für wohnortnahe Treffpunkte, Mehrgenerationenhäuser, Quartierszentren und generationenübergreifende Angebote ein.
- Einsamkeit vorbeugen: Nachbarschaftsnetzwerke, Besuchsdienste, offene Begegnungsangebote und ehrenamtliches Engagement sollen unterstützt werden.
- Öffentliche Räume altersgerecht gestalten: Dazu gehören barrierefreie Wege, sichere Querungen, ausreichend Sitzgelegenheiten, öffentliche Toiletten, Trinkwasserstellen und Schattenplätze.
- Sorgende Gemeinschaften aufbauen: Kommunen sollen lokale Netzwerke für Beratung, Unterstützung, Pflege und Nachbarschaftshilfe entwickeln können.
- Landesförderung sichern: Das Land muss Kommunen finanziell und fachlich befähigen, diese Aufgaben dauerhaft wahrzunehmen.

2. Pflege und Gesundheit – menschenwürdig, solidarisch und bezahlbar

Was wir sehen

Eine gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege sind Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben. Doch im Saarland erleben viele Menschen lange Wartezeiten, fehlende Arzttermine, eine schwierige Suche nach Pflegeplätzen und eine zunehmende Belastung pflegender Angehöriger.

Pflegebedürftigkeit kann Menschen finanziell überfordern. Eigenanteile im Pflegeheim sind für viele kaum noch bezahlbar. Wer Angehörige zu Hause pflegt, leistet einen unverzichtbaren gesellschaftlichen Beitrag, trägt aber häufig eine enorme körperliche, seelische und finanzielle Belastung.

Pflege findet überwiegend im häuslichen Umfeld statt. Angehörige, ambulante Dienste, Tagespflege, stationäre Einrichtungen, Nachbarschaften und soziale Organisationen müssen deshalb effizienter zusammenarbeiten.

Zugleich darf Pflege nicht vor allem als Markt betrachtet werden. Menschen brauchen Zeit, Zuwendung und qualifiziertes Personal. Wirtschaftlicher Druck darf nicht auf Kosten der Pflegebedürftigen und der Beschäftigten gehen.

Was wir wollen

Wir wollen eine Gesundheitsversorgung, die allen Menschen unabhängig von Einkommen und Wohnort offensteht. Pflege muss menschenwürdig, verlässlich und bezahlbar sein.

Pflegebedürftige sollen möglichst lange selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Dafür brauchen sie passende Unterstützungsangebote, eine gute Beratung und eine verlässliche Versorgung.

Pflegende Angehörige müssen als tragende Säule des Pflegesystems anerkannt und wirksam entlastet werden. Pflegekräfte verdienen gute Arbeitsbedingungen, angemessene Bezahlung und gesellschaftliche Wertschätzung.

Wir stehen für eine solidarische Pflege, in der der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht die Rendite.

Was wir tun

- Pflege vor Ort stärken: Wir wollen wohnortnahe Beratungs-, Unterstützungs- und Versorgungsangebote ausbauen und besser miteinander vernetzen.

- Pflegekompetenzzentren einrichten: Wir setzen uns für Pflegekompetenzzentren als zentrale, wohnortnahe Anlaufstellen ein. Sie bieten niedrigschwellige Information und Beratung, begleiten Pflegebedürftige und ihre Angehörigen kontinuierlich und vermitteln Hilfs- und Unterstützungsangebote. Sie helfen dabei, sich im komplexen Pflegesystem zurechtzufinden, Leistungen zu beantragen und die Versorgung

auf die persönliche Lebenssituation abzustimmen. Ziel ist eine verlässliche Begleitung aus einer

- Pflegende Angehörige entlasten: Wir setzen uns für verlässliche Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege, flexible Entlastungsangebote und verständliche Beratung ein.
- Pflege bezahlbar machen: Wir wollen auf Bundesebene eine solidarische Finanzierung der Pflege und eine wirksame Begrenzung der finanziellen Belastungen Pflegebedürftiger erreichen.
- Pflegekräfte stärken: Gute Arbeitsbedingungen, angemessene Bezahlung, verlässliche Personalbemessung und bessere Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung sind unverzichtbar.
- Neue Wohn- und Pflegeformen fördern: Wir unterstützen ambulant betreute Wohngemeinschaften, gemeinschaftliche Wohnprojekte und quartiersbezogene Versorgungsmodelle.
- Gesundheitsversorgung sichern: Wir setzen uns für eine wohnortnahe medizinische Versorgung, Prävention, Rehabilitation und eine bessere Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe ein.
- Würde und Selbstbestimmung achten: Pflegebedürftige Menschen müssen an Entscheidungen beteiligt werden und ihre Wünsche und Bedürfnisse einbringen können.

3. Wohnen und Mobilität – selbstständig leben und unterwegs sein

Was wir sehen

Die eigene Wohnung ist ein wichtiger Ort für Sicherheit, Selbstbestimmung und soziale Beziehungen. Doch viele Wohnungen sind nicht barrierefrei, und bezahlbare altersgerechte Wohnungen fehlen. Ein Umzug in eine kleinere Wohnung oder in eine Wohnform mit Unterstützung scheitert oft am mangelnden Angebot.

Gleichzeitig erschwert unzureichende Mobilität die gesellschaftliche Teilhabe. Wer nicht mehr selbst Auto fahren kann, ist vielerorts auf Angehörige angewiesen. Lücken im öffentlichen Nahverkehr, fehlende Barrierefreiheit und lange Wege zu Arztpraxen, Geschäften oder Begegnungsorten können die Selbstständigkeit erheblich einschränken.

Was wir wollen

Wir wollen, dass Menschen so lange wie möglich selbstbestimmt wohnen und mobil bleiben können. Dazu gehören bezahlbare, barrierearme Wohnungen, vielfältige Wohnformen und ein verlässlicher öffentlicher Nahverkehr.

Mobilität ist Teil der Daseinsvorsorge. Sie darf nicht vom Alter, vom Einkommen oder vom Besitz eines Autos abhängen.

Was wir tun

- Barrierearmen Wohnraum ausbauen: Wir setzen uns für Förderprogramme zur Anpassung von Wohnungen, für Aufzüge und für barrierefreie Neubauten ein.
- Neue Wohnformen unterstützen: Mehrgenerationenwohnen, gemeinschaftliche Wohnprojekte und ambulant betreute Wohnformen sollen stärker gefördert werden.
- Wohnberatung ausbauen: Menschen sollen frühzeitig und unabhängig über Umbau, Finanzierung und alternative Wohnformen informiert werden.
- ÖPNV verbessern: Wir wollen verlässliche Verbindungen, barrierefreie Haltestellen und Fahrzeuge sowie bessere Angebote in ländlichen und strukturschwachen Gebieten.
- Flexible Mobilität ermöglichen: Bürgerbusse, Rufbusse und andere bedarfsgerechte Angebote sollen den öffentlichen Nahverkehr ergänzen.
- Fuß- und Radwege sicher gestalten: Barrierefreie Gehwege, sichere Querungen und ausreichend Sitzgelegenheiten müssen bei der Verkehrsplanung berücksichtigt werden.
- Nahversorgung sichern: Geschäfte, Arztpraxen, Apotheken und soziale Einrichtungen müssen möglichst gut erreichbar sein.
- Mobilität bezahlbar halten: Wir setzen uns für sozial gerechte Tarife und verständliche, barrierefreie Fahrgastinformationen ein.

4. Klima, Energie und Umwelt – gesund und sicher in jedem Alter

Was wir sehen

Die Klimakrise ist längst im Alltag angekommen. Hitzewellen, Trockenheit, Starkregen und andere Extremwetterereignisse gefährden Gesundheit, Infrastruktur und Lebensqualität. Besonders gefährdet sind Menschen, die gesundheitlich eingeschränkt sind, allein leben oder ihre Wohnung nicht ausreichend vor Hitze schützen können.

Gleichzeitig belasten hohe Energie- und Wohnkosten Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen besonders stark. Klimaschutz darf deshalb nicht zu einer sozialen Überforderung führen.

Ältere Menschen haben ein besonderes Interesse daran, dass Umwelt- und Klimapolitik langfristig wirkt. Sie tragen Verantwortung für kommende Generationen und verfügen über Erfahrungen, die in gesellschaftliche Veränderungsprozesse eingebracht werden können.

Was wir wollen

Wir wollen konsequenten Klimaschutz, der sozial gerecht gestaltet wird und Menschen nicht überfordert. Klimaanpassung muss Gesundheit schützen und die Lebensqualität in Städten und Gemeinden verbessern.

Wir wollen eine lebenswerte Umwelt, bezahlbare Energie und eine nachhaltige Infrastruktur. Klimapolitik ist zugleich eine Frage der

Generationengerechtigkeit: Die Kosten des Nichtstuns dürfen nicht auf Kinder und Enkel abgewälzt werden.

Was wir tun

- Kommunale Hitzeaktionspläne fördern: Besonders gefährdete Menschen müssen durch Warnsysteme, erreichbare Abkühlungsorte und gezielte Information geschützt werden.
- Grünflächen und Bäume erhalten: Wir setzen uns für mehr Stadtgrün, Entsiegelung, Schattenplätze, Trinkwasserstellen und begrünte öffentliche Räume ein.
- Gebäude klimafreundlich sanieren: Energetische Sanierungen sollen vorangetrieben werden, ohne Mieterinnen, Mieter und Menschen mit kleinen Einkommen zu überfordern.
- Erneuerbare Energien ausbauen: Wir unterstützen den Ausbau von Solarenergie und anderen erneuerbaren Energien sowie eine sozial gerechte Wärmewende.
- Energiearmut bekämpfen: Beratung, Energiesparangebote und gezielte Unterstützung sollen verhindern, dass Menschen ihre Wohnung nicht angemessen heizen oder kühlen können.
- Klimaanpassung sozial planen: Kommunen sollen bei Starkregenvorsorge, Hitzeschutz und der klimaresilienten Gestaltung öffentlicher Räume unterstützt werden.
- Generationenverantwortung ernst nehmen: Politische Entscheidungen sollen ihre langfristigen ökologischen, sozialen und finanziellen Folgen berücksichtigen.
- Umweltbildung stärken: Menschen aller Altersgruppen sollen an Klimaschutz, Naturschutz und nachhaltiger Entwicklung beteiligt werden.

5. Soziale Sicherheit, Bildung und Teilhabe – niemanden zurücklassen

Was wir sehen

Armut und soziale Ungleichheit enden nicht mit dem Renteneintritt. Viele Menschen haben niedrige Renten, unterbrochene Erwerbsbiografien oder zusätzliche Belastungen durch Pflege, Krankheit und steigende Lebenshaltungskosten. Besonders Frauen sind häufig betroffen, weil sie im Laufe ihres Lebens mehr unbezahlte Sorgearbeit leisten und dadurch geringere Rentenansprüche erwerben.

Zugleich begegnen ältere Menschen Vorurteilen auf dem Arbeitsmarkt, bei Krediten, in der Weiterbildung und im öffentlichen Leben. Altersdiskriminierung schränkt Chancen ein und widerspricht dem Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe.

Digitalisierung kann den Alltag erleichtern, aber auch Menschen ausschließen. Nicht alle verfügen über geeignete Geräte, ausreichende Kenntnisse oder barrierefreie Zugänge. Persönliche Beratung und analoge Angebote müssen deshalb erhalten bleiben.

Was wir wollen

Wir wollen soziale Sicherheit in jedem Lebensalter. Niemand soll wegen niedriger Renten, Armut, Behinderung oder fehlender digitaler Kenntnisse von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden.

Lebenslanges Lernen muss für alle zugänglich sein. Ältere Menschen sollen ihre Fähigkeiten weiterentwickeln, sich engagieren und am gesellschaftlichen Wandel mitwirken können.

Wir wenden uns gegen Altersdiskriminierung und gegen die Vorstellung, dass Jung und Alt gegeneinander ausgespielt werden müssen. Generationengerechtigkeit bedeutet, Chancen und Lasten fair zu verteilen.

Was wir tun

- Altersarmut bekämpfen: Wir setzen uns für eine verlässliche Alterssicherung und wirksame Unterstützung für Menschen mit niedrigen Einkommen ein.
- Sorgearbeit anerkennen: Unbezahlte Pflege- und Familienarbeit muss bei der sozialen Absicherung stärker berücksichtigt werden.
- Altersdiskriminierung entgegenwirken: Wir wollen Benachteiligungen aufgrund des Alters sichtbar machen und wirksame Gegenmaßnahmen unterstützen.
- Lebenslanges Lernen fördern: Weiterbildung, politische Bildung und kulturelle Angebote sollen Menschen in allen Lebensphasen offenstehen.
- Digitale Teilhabe ermöglichen: Wir unterstützen niedrigschwellige Lernangebote, barrierefreie digitale Dienstleistungen und persönliche Anlaufstellen.
- Analoge Zugänge erhalten: Behörden und öffentliche Einrichtungen müssen auch ohne Smartphone oder Internet erreichbar bleiben.
- Ehrenamt und Engagement stärken: Vereine, Initiativen und Organisationen brauchen verlässliche Unterstützung und gute Rahmenbedingungen.
- Politische Beteiligung erleichtern: Seniorenvertretungen und zivilgesellschaftliche Organisationen sollen bei politischen Entscheidungen gehört werden.
- Generationen verbinden: Begegnungsprojekte, gemeinsames Lernen und generationenübergreifende Initiativen sollen gefördert werden.

6. Generationengerechtigkeit in Europa – gemeinsam Verantwortung übernehmen

Was wir sehen

Auch die Europäische Union beschäftigt sich mit Generationengerechtigkeit. Es geht darum, Chancen und Verantwortung fair zu verteilen, langfristige Folgen politischer Entscheidungen zu berücksichtigen und die Beteiligung aller Generationen zu stärken.

Für das Saarland ist die europäische Zusammenarbeit besonders wichtig. Wir leben in einer Grenzregion, die durch die Beziehungen zu Lothringen, Luxemburg, Wallonien und Rheinland-Pfalz geprägt ist. Viele Menschen arbeiten, leben oder pflegen Angehörige über Grenzen hinweg. Unterschiedliche Zuständigkeiten und Regelungen können den Alltag erschweren.

Organisationen wie EUROP'age Saar-Lor-Lux und der Seniorenrat der Großregion zeigen, wie wichtig grenzüberschreitender Austausch und die Vernetzung älterer Menschen sind. Diese Zusammenarbeit muss dauerhaft gestärkt werden.

Was wir wollen

Wir wollen Generationengerechtigkeit als Leitprinzip europäischer, nationaler und regionaler Politik verankern. Entscheidungen müssen danach beurteilt werden, welche Folgen sie für Menschen unterschiedlichen Alters und für kommende Generationen haben.

Die Großregion Saarland – Lothringen – Luxemburg – Wallonien – Rheinland-Pfalz soll ein Modellraum für generationengerechte Zusammenarbeit werden. Ältere Menschen und ihre Organisationen müssen stärker in europäische und grenzüberschreitende Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Wir wollen den Austausch zwischen Seniorenorganisationen dauerhaft fördern und zugleich Begegnungen zwischen Jung und Alt ermöglichen. Europa lebt von Solidarität, demokratischer Beteiligung und gegenseitigem Verständnis.

Was wir tun

- Generationengerechtigkeit zum politischen Maßstab machen: Bei wichtigen Entscheidungen sollen soziale, ökologische und finanzielle Langzeitfolgen für unterschiedliche Generationen berücksichtigt werden.

- Seniorenorganisationen vernetzen: Wir unterstützen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Organisationen im Saarland, in Rheinland-Pfalz, Lothringen, Luxemburg und Wallonien.

- EUROP'age und den Seniorenrat der Großregion stärken: Wir setzen uns für regelmäßigen Austausch, gemeinsame Projekte und eine bessere politische Wahrnehmung dieser Netzwerke ein.

- Den Dialog zwischen Generationen fördern: Themen wie Klimaschutz, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, Pflege, soziale Sicherheit und Demokratie sollen gemeinsam diskutiert werden.

- Grenzüberschreitende Informationen verbessern: Informationen über Gesundheit, Pflege, Renten und soziale Leistungen sollen verständlicher und leichter zugänglich werden.

- Ältere Menschen an Entscheidungen beteiligen: Seniorenvertretungen und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen bei europäischen und regionalen Vorhaben frühzeitig einbezogen werden.

- Europäische Fördermittel nutzen: Wir wollen grenzüberschreitende Projekte zu lebenslangem Lernen, digitaler Teilhabe, Ehrenamt, Pflege und sozialer Innovation unterstützen.

- Altersdiskriminierung bekämpfen: Wir setzen uns für gleiche Rechte und Chancen in jedem Lebensalter ein.

- Solidarität statt Generationenkonflikt stärken: Politische Debatten sollen gemeinsame Interessen sichtbar machen und den Zusammenhalt zwischen den Generationen fördern.

Unser Ziel ist ein Saarland, das gemeinsam mit seinen Nachbarn zeigt: Europa ist stark, wenn Menschen aller Generationen beteiligt werden, Verantwortung übernehmen und voneinander lernen.

7.Finanzierbarkeit: Wohlstand gerecht verteilen und Zukunft sichern

Soziale Sicherheit, gute Pflege, bezahlbares Wohnen und Klimaschutz kosten Geld. Doch die entscheidende Frage lautet nicht nur, wie viel diese Aufgaben kosten, sondern auch, wie unser gesellschaftlicher Reichtum entsteht, wer davon profitiert und wer die Lasten trägt.

Die Rechtswissenschaftlerin Katharina Pistor zeigt, dass rechtliche Regeln maßgeblich beeinflussen, wie Vermögen geschützt und vermehrt wird. Wirtschaftliche Macht und die Verteilung von Reichtum sind deshalb keine Naturgesetze. Sie werden auch durch politische Entscheidungen und rechtliche Rahmenbedingungen gestaltet.

Wir sehen mit Sorge eine Entwicklung, in der soziale Unsicherheit zunimmt, öffentliche Daseinsvorsorge unter Druck gerät und gesellschaftliche Probleme zunehmend einzelnen Menschen und Familien aufgebürdet werden. Wenn Abstiegsängste wachsen und Solidarität geschwächt wird, können autoritäre und antidemokratische Kräfte davon profitieren. Einer solchen Entwicklung wollen wir eine Politik entgegensetzen, die wirtschaftliche Macht demokratisch begrenzt und gesellschaftliche Verantwortung stärkt.

Was wir wollen

Wir wollen eine Finanzpolitik, die soziale Sicherheit ermöglicht, ökologische Grenzen respektiert und öffentliche Mittel wirksam einsetzt. Finanzierbarkeit darf nicht zum Vorwand werden, notwendige soziale Leistungen infrage zu stellen. Ebenso wenig dürfen politische Versprechen die tatsächlichen Kosten verschleiern.

Unser Ziel ist eine gerechte Verteilung von Chancen, Vermögen und gesellschaftlichen Lasten. Wer mehr tragen kann, soll angemessen zum Gemeinwohl beitragen. Wer wirtschaftliche Gewinne erzielt, muss auch Verantwortung für soziale und ökologische Folgen übernehmen.

Wir wollen starke Kommunen, eine verlässliche öffentliche Daseinsvorsorge und eine solidarische Finanzierung von Pflege. Investitionen in gute Lebensbedingungen im Alter sind keine bloßen Kosten: Sie können Selbstständigkeit erhalten, Angehörige entlasten, Pflegebedürftigkeit hinauszögern und spätere Ausgaben vermeiden.

Was wir tun

- Kommunen finanziell stärken: Das Saarland muss Kommunen dauerhaft und verlässlich ausstatten. Neue Aufgaben dürfen nicht ohne ausreichende Finanzierung übertragen werden. Wir setzen uns für das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ ein.

- Öffentliche Ausgaben transparent machen: Förderprogramme und Investitionen sollen nachvollziehbar, langfristig planbar und anhand ihrer sozialen und ökologischen Wirkung überprüfbar sein.

- Prävention und Vorsorge stärken: Wir wollen frühzeitig in kommunale Pflegeplanung, Beratung, barrierefreies Wohnen, wohnortnahe Versorgung, Begegnungsorte und Hitzeschutz investieren.

- Pflege solidarisch finanzieren: Wir setzen uns auf Bundesebene für eine grundlegende Reform der Pflegefinanzierung ein, die Pflegebedürftige und Angehörige vor Überforderung schützt.

- Steuerliche Gerechtigkeit voranbringen: Wir setzen uns auf Bundesebene für eine gerechtere Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften sowie für eine angemessene Beteiligung besonders leistungsfähiger Einkommen am Gemeinwohl

ein. Das Saarland soll seine eigenen Zuständigkeiten konsequent nutzen und Steuervermeidung wirksam bekämpfen.

- Fördermittel besser nutzen: Das Land soll Kommunen bei der Beantragung und Umsetzung von Förderprogrammen unterstützen und unnötige bürokratische Hürden abbauen.

- Wirtschaftliche Verantwortung stärken: Wir wollen Rahmenbedingungen fördern, die langfristiges, sozial verantwortliches und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften begünstigen. Gewinne dürfen nicht privatisiert werden, während Schäden und Risiken auf Beschäftigte, Kommunen und die Allgemeinheit abgewälzt werden.

- Demokratische Gestaltungsmöglichkeiten nutzen: Rechtliche und wirtschaftliche Regeln sind veränderbar. Wir wollen öffentliche Interessen, soziale Rechte und demokratische Kontrolle gegenüber einseitiger wirtschaftlicher Macht stärken.

Unser Grundsatz: Entscheidend ist nicht nur, wie viel Geld zur Verfügung steht, sondern auch, wie Reichtum entsteht, wie Lasten verteilt werden und wofür wir öffentliche Mittel einsetzen. Finanzpolitik muss den Menschen dienen – nicht umgekehrt.

Unterstützer*innen

Matthias Hoßfeld (KV Saarpfalz)